



**Freie Wähler  
Kreistagsfraktion  
Fraktionsvorsitzender  
Werner Stöckle**

**Kurz-Stellungnahme zum Haushalt 2014 des Landkreises Göppingen  
3. Lesung**

-31. Januar 2014-

Sehr geehrter Herr Landrat Wolff,  
sehr geehrter Herr Stolz,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir alle wissen:

Ein Haushaltsplan hat Anspruch auf Wahrheit und Klarheit.

Während wir die erste Eigenschaft (die Wahrheit) dem Haushaltsentwurf 2014 uneingeschränkt zugestehen, beschleichen uns beim zweiten Anspruch (der Klarheit) nach wie vor erhebliche Zweifel.

Nachdem die Verwaltung zugesagt hat, erneut umfassende Aufklärungsarbeit in Sachen NKHR zu leisten, haben wir noch einen kleinen Funken Hoffnung, dereinst die so hoch gepriesenen Erwartungen und Vorteile zu erkennen und zu verstehen, die das neue Kassen- und Haushaltsrecht in sich birgt und mit sich bringen soll.

Ein erster Schritt hin zu mehr Klarheit, dürfte die angekündigte Erstellung des Rechnungsabschlusses 2012 sein (letzter kameraler Abschluss), der ja bekanntlich mit die Basis für die Aufstellung der Eröffnungsbilanz darstellt, aus der sich schlussendlich die tatsächliche Finanz- und Vermögenslage des Landkreises ersehen lässt.

Von der Wahrheit und Klarheit ist es nur ein kleiner Schritt zur Redlichkeit.

Und die können wir vollumfänglich für uns in Anspruch nehmen.

Unser Auftrag an die Verwaltung (Nr. 7 Seite 5), den HH-Entwurf so zu überarbeiten, dass keine Neuverschuldung erforderlich ist und gleichzeitig der vorgesehene Kreisumlagehebesatz mit 37,0 v.H. bestehen bleiben kann, ist vom Finanzdezernat so präzise ausgeführt worden, wie wir uns das gewünscht haben. Vielen Dank dafür.

Zwar weist der Plan 2014 auf dem Papier in der Tat eine Neuverschuldung aus, was ohne Kenntnis der tatsächlichen Zahlen für 2012 und 2013 nicht zu vertreten wäre.

Nachdem die Verschuldung des Landkreises jedoch zum Ende des Jahres 2013 erheblich unter den Planzahlen für die letzten Jahre liegt (die Verwaltung hat dies umfassend dargestellt), und wir erfreulicherweise von einer Entschuldung sprechen können (unter 40 Mio. €), ist unser Ziel, zumindest über die Jahre 2012 – 2014 gesehen, erreicht.

Dass wir mit unserem Antrag überdies eine zeitliche Entzerrung mehrerer Investitionsvorhaben, schwerpunktmäßig im Klinikbereich, erreicht haben nehmen wir mit Befriedigung zur Kenntnis.

Von einer Streichung oder gar von einem Verzicht auf Maßnahmen, wie zu lesen war, kann nun wahrlich keine Rede sein.

Angesichts der vor uns stehenden Herkulesaufgaben müssen wir gewissenhaft mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln umgehen.

Für uns gilt nach wie vor:

Für den laufenden Bedarf –also die jährlich wiederkehrenden Aufwendungen– müssen die Finanzmittel vorhanden sein.

Anders ausgedrückt: Wir dürfen nur so viel ausgeben wie wir einnehmen.

Bei noch so gut gemeinten „Wohltaten“, die uns über Programme und Initiativen vorgeschlagen werden, die freiwillig und keine Pflichtaufgaben sind, die aber allesamt Geld kosten, ist Übermut fehl am Platze.

Auch mit unserem Anliegen der „Prioritätensetzung“ bei den anstehenden Großvorhaben, deren Finanzierung und Auswirkung auf die Verschuldung und die künftigen Haushalte, sind wir auf die Gegenliebe der Verwaltung gestoßen.

Dass andere Fraktionen dies gleich, zumindest ähnlich sehen, bestärkt uns in der Erwartung, dazu einen Schulterschluss erreichen zu können.

Die Absicht der Verwaltung, die Kreistagsklausur "Kreisentwicklung und Finanzkonzept 2020+" am 28.11.2014 durchzuführen begrüßen wir.

Ebenso deren Vorberatung in der Strategie- und Strukturkommission.

Aufpassen müssen wir, dass die Kosten bei den jeweiligen Maßnahmen nicht ausufern. Evtl. vorhandene Risiken sollten von Anfang an bedacht, wiederholt hinterfragt, bewertet und kommuniziert werden.

Ein besonders ärgerliches Beispiel ist die „Sanierung von Rutschungen an der Stöttener Steige K 1400“. Wenn innerhalb von gerade mal ½ Jahr die Kosten von 650 T€ auf 2,1 Mio € steigen, dann ist nach unserer Auffassung schon die Gewissenhaftigkeit bei der Vorbereitung und Planung der Maßnahme zu hinterfragen.

Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit müssen im Landkreis, davon sind wir fest überzeugt, verstärkt werden.

Die zunehmend heftiger werdenden Meinungsäußerungen zum Thema „Klinikneubau“ bedürfen einer noch breiteren Information der Bevölkerung, um zumindest den Versuch einer Versachlichung zu unternehmen.

Fast noch stärker bewegt das Thema „Grüngutkonzeption und kommunale Kompostplätze“ die Gemüter.

Auch hier ist nach unserer Einschätzung, die Einbeziehung der Einwohnerschaft und deren umfassende Information unverzichtbar.

Die ersten „Konsultationsgespräche“ des Abfallwirtschaftsbetriebs mit den Vertretern der Kommunen sind zwar richtig und hilfreich, ersetzen aber keinesfalls den Dialog mit den kommunalen Gremien und der Bevölkerung.

Im gleichen Atemzug ist der Nahverkehrsplan zu nennen, dessen Ausarbeitung ja mit enormem Tempo begonnen hat.

Um möglicherweise zu erwartenden Protesten rechtzeitig entgegen zu wirken, könnte eine frühzeitige Beteiligung und Hinzuziehung des Benutzerkreises, ergänzend zu den Fachleuten und Spezialisten, hilfreich sein.

Möglicherweise kann beim geplanten Bürgerforum grundsätzlich oder detailliert über geeignete Beteiligungsformen gesprochen werden.

Zusammenfassend darf ich festhalten, die Freien Wähler tragen die Haushaltsplanung für das Jahr 2014 mit und werden der Satzung zustimmen.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

\*\*\*\*\*